

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2.50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2.70 Mk.; durch die Post 2.70 Mk. auschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Dürgrabe 3. —:
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einbaltige Beilage oder deren Raum 30 Pf., im Restemittel 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Klappvorblatt ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen - Annahmen: 9 Uhr vormittags.

Nr. 37

Donnerstag den 13. Februar 1919

45. Jahrg.

Die Arbeiterräte

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren die Träger der Revolution. Alljährlich entstanden sie. Es war fast keine größere Gemeinde in Deutschland, in der nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde. Und sie riefen überall die Herrschaft an sich. Die rote Fahne, die bald auf den Rathausdächern flatterte, zeigte an, daß sich die Gemeinde in der Gewalt eines A- und S-Rates befand. Die Organisation klappte, wie denn die Revolution gut vorbereitet war. Die Berechtigung, sich die Macht anzueignen, nahmen die A- und S-Räte daher, daß an Stelle der alten Gewalt eine neue getreten war. Die Gemeindevertretungen wurden von ihnen als die Vertreter der alten Gewalt bezeichnet, und sie erachteten es nun als selbstverständlich, daß sie als Vertreter der neuen Gewalt die Vertreter der alten ablösen oder wenigstens bevorzugen. Das letzte war nun meist der Fall. Der A- und S-Rat schickte seine Vertrauensleute in die Sitzungen des Magistrats, in die Kommissionen. Und für jede Stadt galt das: so voll, sie jubeo des A- und S-Rates.

Es kam die Zeit, da die Entente ihre Befehlstruppen schickte. In den besetzten Gebieten mußten die A- und S-Räte verschwinden und in dem neutralen die Soldatenräte. In einem großen Teil des nichtbesetzten Gebietes bestanden sie aber weiter und bestanden heute noch, obgleich nach der Demobilisation die Soldatenräte gar keine Berechtigung mehr haben. Es haben sich denn auch sozialdemokratische Führer, zuletzt Scheibemann, ganz entschieden gegen das Weiterbestehen der S-Räte ausgesprochen, da sie gar keine Formationen mehr hinter sich haben. Es ist wohl auch anzunehmen, daß die Soldatenräte, wenn auch nicht ganz freiwillig, nach und nach verschwinden werden. Anders ist das mit den Arbeiterräten. Die Arbeiterräte haben ihren Zweck erfüllt, sie haben die Revolution eingeführt, haben sie herbeigeführt, haben die alten Gewalten außer Kraft gesetzt, haben neben mangelndem schließlichen Anordnungen viele gute und sozialistische getroffen und haben, vom Standpunkt der Revolution aus, solange eine Berechtigung, als noch die von der alten Macht eingeführten Gemeindevertretungen lästig sind. Sie haben diese beauftragt. Am 2. März mußten nach dem Dekret der preussischen Regierung in allen Gemeinden die Räte wählen stattfinden. Von diesem Tage an ist eine neue Gemeindevertretung in Tätigkeit, die nach dem System der Proportionalwahl gewählt ist, in der also der Wille des Volkes unerschütterlich zum Ausdruck kommt. Von diesem Termin ab müßte also die Tätigkeit der Arbeiterräte nicht mehr in Betracht kommen, denn die neuen Gemeindevertretungen repräsentieren die neue Zeit, die also keine besondere Protektion mehr braucht.

Werden nun die Arbeiterräte sich am 2. März auflösen? Es hat nicht den Anschein. Im Gegenteil. Sie haben die Absicht, ihre Macht zu befestigen und befinden sich bereits in Opposition gegen die Nationalversammlung. Die Exekutive des Arbeiterrates, und zwar Sozialisten und Unabhängige, haben den Rücktritt der Regierung Ober-Scheibemann gefordert, eine allgemeine Rätekonferenz soll abgehalten werden. Es sieht also nicht so aus, als ob die Räte sich empfehlen wollten. Welche Gründe führen sie nun für ihre Weisheit an. Sie betrachten sich als die Träger der Revolution, die nach wie vor beschützt werden müsse, und seien in der Nationalversammlung lediglich eine bürgerliche Einrichtung. Es ergibt sich also aus dieser Auffassung, daß die Räteregierung der Nationalversammlung gegenüber steht, daß in der Gemeinde neben den modernen Gemeindevertretungen eine Vertretung der Räte existiert, welche nach wie vor beansprucht, als höchste Behörde respektiert zu werden. Die Gründe, welche die Räte zu dieser Stellungnahme veranlassen, sind allerdings auch materielle Natur. Für viele ist die Räteverwaltung eine gute Nebeneinnahme, für manche eine recht wertvolle Haupteinnahme. Die Räteregierungen haben um viel Geld gekämpft, obgleich nicht gekämpft werden soll, daß viele Gutes geleistet haben, namentlich haben sie in den ersten Wochen der Revolution in der Aufrechterhaltung der Ordnung Hervorragendes geleistet, und es ist kein Zweifel, daß ohne das System der Räte die Revolution blutiger verlaufen wäre. Später allerdings ist

Neueste Nachrichten.

Die Kreditvorlage im Staatenaußschuß.

Weimar, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Der Staaten-Ausschuh hielt heute seine erste Sitzung nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ab. Die Sitzung begann mit einer Kundgebung zugunsten der Reichseinheit. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Reichs- und Bundesstaaten jetzt und für die Zukunft unbedingt aneinander angewiesen seien und daher auch die Verhandlungen des Staatenhauses vom Geist der Eintracht getragen sein müssen. Nach einer längeren Rede des Staatssekretärs Schiffer wurde dann als erste Vorlage die 25-Milliarden-Kredit-Forderung einstimmig angenommen.

Die Einführung des Arbeitszwanges bedenklich.

Weimar, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Wie verlautet, soll der Reichstagenaußschuß der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, bei dem die Regelung der Arbeiterfrage besteht und unter anderem die Einführung des Arbeitszwanges vordringt.

Frankreichs Gegenforderungen für Deutsch-Deutscher Anstalt.

Wien, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Die „Reue Presse“ erzählt, verlangen die Franzosen als Kompensation für den Verlust des Deutsch-Deutscher Anstalt nicht nur das Saargebiet, sondern auch Polen und Danzig für die Polen. Weiter soll Deutschland an Österreich austreten, sowie alle im Dan befindlichen Schiffe.

Die Lage im Osten.

Berlin, 12. Febr. Über die militärische Lage im Osten wird u. a. mitgeteilt: Bei Jeleno südlich Komno erfolgreiche Gefechte einer kaiserschen Abteilung mit Bolschewiken. Ein feindlicher Angriff auf Vozyn wurde abgewiesen.

Abreise Hindenburgs nach dem Osten.

Kassel, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Nach wehrmonatlichen Antritt der Wilhelmstraße ist Generaloberst Hindenburg nach Koblenz abgereist, wo für die nächste Zeit das Große Hauptquartier seinen Platz haben wird.

Ankunft Lettow-Vorbeck.

Bln, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Die „Bln. Ag.“ berichtet: Der englische Vertreter in Spa teilt die deutsche Waffenstillstandskommission davon in Kenntnis, daß der Dampfer „Helmarschall“ mit 27 Offizieren, 88 Soldaten sowie 19 Zivilisten, 106 Frauen und 90 Kindern an Bord aus Deutsch-Ostafrika nach Ostafrika am 4. März in Rotterdam ankommen wird. Unter den Reisenden befinden sich die Generale von Vorbeck und Wankel sowie der Gouverneur Schone. Die Namen der übrigen Mitreisenden sind nicht bekanntgegeben.

ja Blut genug geflossen. Das geht allerdings auf das Konto Spartakus.

Ihre politische Berechtigung haben die Arbeiterräte mit der Wiederherstellung der Ordnung verloren, und es muß Sache der Nationalversammlung sein, ihnen gegenüber ihre Autorität geltend zu machen. Als oberste ständige Behörde, als Aufsichtsbehörde für Magistrat und Gemeindeverwaltung dürfen nach Durchführung der neuen Gemeindegewalten die Räte nicht mehr gelten. Auch dies muß einmündig von der Nationalversammlung dekretiert werden. Es wird ihre Sache sein, ob sie sich, nachdem der Wirkungsbereich nicht mehr der ursprüngliche sein kann, auflösen wollen. Wollen sie dies nicht, so können sie künftig nur noch als Vertretung von Arbeiterkorporationen existieren. Als eine Art Gewerkschaftsverband, das geschaffene ist, den Forderungen und Wünschen jeder Arbeiterkategorie gerecht zu werden. In dieser Eigenschaft können sie noch viel Gegenstände leisten. Sie können in den wirtschaftlichen Fragen eine große Rolle spielen, sie können Lohnforderungen besprechen und regeln, sie können Hand in Hand mit der Gemeindeverwaltung die großen schwebenden Fragen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung zu regeln versuchen. Ihr Wirkungsgebiet ist noch groß genug, auch wenn sie sich darauf beschränken, als Vertrauensleute der Arbeiterschaft, als deren Ratgeber weiter zu wirken.

Werden sie sich mit dieser Stellung begnügen, und wenn nicht, wie wird sich künftig die Situation gestalten? In Zukunft wird wohl der größte Teil der Großstädte sozialdemokratische Mehrheiten in den Gemeindevorstellungen erhalten. Haben nun diese sozialdemokratischen Mehrheiten die Absicht, sich durch den Arbeiterrat, als eine Oberkontrollbehörde, kontrollieren zu lassen? Vielleicht ist das bei vielen, um des lieben Friedens halber, der Fall. Unseres Erachtens darf dieser Zustand aber nicht eintreten. Er darf von der Nationalversammlung nicht sanktioniert werden. Und die Gemeindebehörden darf es nicht erlaubt sein, für die Erziehung dieser Arbeiterräte selber zu bewilligen. Wollen diese Arbeiterräte in der Form als Vertrauenskorporationen der Arbeiter weiter bestehen, so kann ihnen wohl im Interesse des gemeinnützigen Zweckes eine Beihilfe gewährt werden, eine zweite Macht in der Gemeinde dürfen sie aber nicht darstellen. Die Arbeiterräte haben sich gewiß den Dank des Vaterlandes verdient, da sie die Träger der Revolution und für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ... den ersten kritischen Wochen sorgten. Dieser Dank soll ihnen nicht vorenthalten werden. Sie waren eine Notbehörde und haben als solche ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Erfolg bis gegenwärtiger Behörde das Auser, so muß das Ende der Notbehörde gekommen sein. Sollten die Arbeiterräte auf einem anderen Standpunkt stehen, dann sind Staatskräfte auszuschießen. Aber Sache der Nationalversammlung muß es unter allen Umständen sein, ihre Autorität zu wahren und der Gemeindebehörde die Stellung in der Gemeinde zu sichern, die ihr von Gesetz- und Rechtschaffenheit zukommt. Das bedeutet aber das Ende der Arbeiterräte.

Die Lage im Reich.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

In der Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag wurde die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen. Das Ergebnis ist folgendes: Abgelesen sind 379 Stimmen. Davon waren ungültig (weil 51). Es blieben also 328 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug dabei 165. Es haben gültige Stimmen erhalten: Herr 277, Graf Fabian von Bredow 49, Scheidemann 1, Erdberger 1 (Stimmrecht). Der Abgeordnete und leitende Volksbeauftragte Herr Dietrich ist somit zum Reichspräsidenten des Deutschen Reiches gewählt. Bravo! Jurist bei den unabhängigen Sozialdemokraten: Friedrich der Einzige! Er nahm die Wahl an, worauf Präsident Dr. David folgende Ansprache an die Versammlung richtete:

Zum ersten Male hat sich das deutsche Volk ein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. Der neue Reichspräsident ist gewählt von dem großen Mehrheit des deutschen Volkes. (Beifall.) Die Aufgabe dieses Reichspräsidenten ist die Wille des Volkes zu sein. Auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. Somit hat das Reich zum ersten Male ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Verschwunden ist der Vorwurf aus unserem Recht. In seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. Das der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen vermag, hat er in den Worten des höchsten inneren und außenpolitischen Stimmes bewiesen. Es war wahrlich kein leichtes Erbe, das Herr Dietrich am 9. November beim Rücktritt des Herrn Max von Baden antrat. (Sehr wahr!) Selten wohl in der Weltgeschichte ist einer Staatsleitung eine schwerere Aufgabe zugefallen. (Zustimmung.) Man bezweifelndes sich ihren Zusammenbruch des alten Systems, gleichzeitig brauchen und im Innern die völlige Niederlage nach vierjährigem Kriege, und in all den Gefahren und Sorgen, in all den Herrütungen und Kämpfen, die das zur Folge haben mußte, und dazu die innere Gefahr, daß die in des Novembertagen fast ohne Kampf vollzogene Staatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg ausarten würde. (Anrufe bei den Unabh.)

In dieser gefährlichen Stunde, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes

trat Dietrich an die erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Scheitern der ruffischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat (große Unruhe bei den Unabh.), daß sie nicht um Herabsetzung aller politischen und wirtschaftlicher Lebens geführt hat, das ist zum größten Teil das Verdienst dieses Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen. (Beifall.) Es darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, das es der bewährten politischen Fähigkeit, Tatkraft und Willensfestigkeit des an die erste Stelle zu rufenen Mannes gestiftet.

auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen, vor allen Gefahren, die ihm von rechts oder von links drohen. (Unruhe bei den Unabhängigen, lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Mäße das deutsche Volk diesen gewiß kein, daß der neue Reichspräsident jedem Versuche, an Stelle des Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegenzutreten wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, vereinzelt Äußerungen der Unabhängigen.) Die Demokratie wird in ihm einen starken Halt haben. (Beifall.) So möge denn die Volksgemeinde hinausbringen in die deutschen Lande: Ein vollgewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann voll tiefen Verantwortliches für seine Aste und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von festem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern wie nach außen.

Die Nationalversammlung begrüßt den Präsidenten des Deutschen Reiches und setzt ihn in seine hohen Rechte ein. Möge er sie wahrnehmen im Geiste dieser Versammlung, der Versammlung der Freigewählten, der freien deutschen Wähler, der freien Reichsstände und Handelsläufer im Saale und auf den Tribünen.) Das Wort hat der Reichspräsident.

Reichspräsident Ebert:
Zunächst danke ich für die freundlichen Worte Ihres Herrn Reichspräsidenten. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Ruf, den Sie eben an mich richteten, ist ein Ruf der Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn jemals jeder Deutsche auf mich blasse, auf den er gestellt wird, seine Schuldigkeit zu tun hat. (Bravo.) Mit allen meinen Kräften und mit aller Hingabe werde ich mich bemühen, jenes Amt gerecht und unparteiisch zu führen. (Beifall.) (Schlußworte der Unabhängigen.) Niemand zuliebe und niemand zuliebe! (Beifall.)

Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde.

(Lebhafter Beifall.) Ich will und werde als Bevollmächtigter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Bornann einer einzelnen Partei. (Lebhafter Beifall.) Ich beehre mich auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin (Beifall), aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gedenke. (Lebhafter Beifall.) Zudem Sie das höchste Amt des deutschen Reiches mit anvertrauen, haben Sie, ich weiß es, keine einseitige Parteipolitik aufzulegen wollen. Sie haben aber damit den unangenehmen Bewußtsein, der sich in unserem Staatshausen verbergen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Minder- und Mehrheitsfrage der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk diese Vorrechte aus dem Gebiete der Politik restlos beseitigt. (Beifall.) Und auch auf sozialen Gebiete besteht ein tiefes Bewußtsein. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, alle in Rahmen des Menschlichen möglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Recht aufzubauen, Bewegung, Licht und Luft zu lassen.

Unser Volk wird sich auch durchsetzen, draußen in der Welt und zu Hause. Die Tüchtigkeit der Männer der Volkshaus, das Ehrliche ihres Strebens und die Reue ihres Willens müssen dem Vortritt einbringen für die Freiheit des großen Grundgesetzes der Volksgemeinschaft. Alle ihre Forderungen stellen an mich die schwersten Aufgaben und Pflichten. Mein Verbleib will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdetlich arbeiten.
Für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes, und für meine Damen und Herren, lasse ich mich aufrufen: Das deutsche Volk, das deutsche Vaterland, ist eben hoch! (Das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein. (Händeklatschen im Saale und auf den Tribünen.)
Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Die Annahme der provisorischen Verfassung.

Die deutsche Nationalversammlung hat am Montag die Annahme der provisorischen Verfassung beschlossen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten stimmten mit ihren zahlreichen Anhängern für eine Gnade. Nur ein einziges Mal konnte sie sich eines Erfolges rühmen. Doch auch die bayerische Sozialpartei unter Dr. Heims Führung und, so weit wir wissen, auch die bayerischen Bauernbündler in das Lager der Opposition abzuweichen, daß zum Wille. Es muß nur gesagt werden, daß die Verträge der Unabhängigen Sozialdemokraten, gewisse Bestimmungen, so vor allem die über die Frage der geheimen Diplomatie, tendenziös auszuweichen, nicht sicher genug zurückgewiesen werden können. Die Geheimdiplomatie abzuweisen will die überwiegende Mehrheit der deutschen Nationalversammlung. Nur soll die Abschaffung für alle Mitglieder des zukünftigen Volksbundes an gleicher Zeit und unter gleichen Bedingungen erfolgen. Das, was die Unabhängigen Sozialdemokraten fordern, würde eine solche Verschlechterung der augenblicklichen Lage Deutschlands bedeuten, daß nur die stärkste Mehrheit eine ganz klare Sachlage verdeutlichen kann. Die Vertreter der Regierung, die Vertreter der Minderheit aus der Deutschen demokratischen Partei haben hier alles nötige gesagt.

Ein nicht unwichtige Änderung fand der Entwurf der Verfassung auf Antrag des demokratischen Abgeordneten Weisbach, daß die Verfassung durch die Nationalversammlung mit Gesetzeskraft zu erfolgen hat; nicht, wie vorgeschlagen war, mit Unterschrift des Reichspräsidenten und unter Gegenzeichnung des Reichsministers des Innern. Nach der Annahme des Gesetzes erklärte der Reichspräsident, Scheidemann, daß die provisorische Verfassung im Innern in der Hände der Nationalversammlung zurückbleibe. Der Reichspräsident, Herr Ebert, hat die Verfassung indes noch weiter bis zur Wahl des Reichspräsidenten und die Bildung des Reichsministeriums. Die Wahl des Reichspräsidenten selbst wird am Dienstag erfolgen. Der Volksbeauftragte Ebert wird vermutlich die Formulare der Nationalversammlung werden. Die Bildung des Reichsministeriums wird sich dieser Wahl unmittelbar anschließen, der Neuaufbau des deutschen Staates

kann beginnen. Alle, die guten Willens sind, sind zur Mitarbeit aufgerufen.

Bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über die vorläufige Reichsgewalt sind zwei Änderungsanträge der Mehrheitspartei zur Annahme gelangt, die ihre Fassung unter tätiger Mitwirkung demokratischer Abgeordneter erhalten haben.

Dem § 2 Absatz 1 wurde folgende Satz hinzugefügt: „Der Reichspräsident wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.“

Demgemäß wurde in § 2 Abs. 1 das Wort „deutsche“ gestrichen.

Dem Gesetzesentwurf angehängt wurde folgender § 10: „Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an können Gesetze und Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsgesetz der Ministerialverwaltung des Reiches bedürftig sind, gemäß § 4 dieses Gesetzes aufgeben.“

Dieser neu geschaffene Paragraph hat seine besondere Bedeutung, er bringt klar zum Ausdruck, daß die Periode der revolutionären Gesetzgebung ausbitt, insbesondere jede gesetzgeberische Tätigkeit der in der Revolution entstandenen zentralen und lokalen Organe der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, die dem Antrag zustimmten, haben seine Bedeutung ausdrücklich nicht verstanden, da sie in der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes verstanden, dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte eine Art aufstrebendes Verbot gegenüber den Beschlüssen der Nationalversammlung zu sichern.

Nachtritt Eisners?

In Bayern ist eine völlige Umbildung der Regierung im Gange. Diese geht, wie man authentisch sagt, den Nachtritt Eisners aus, der im Laufe dieser Woche zu erwarten ist.

Die Gründung einer weibendeutschen Republik.

Wie die „Allg. Ztg.“ meldet, haben zahlreiche Städte und Gemeinden aus Hessen und Nassau durch öffentliche Gemeinderatsbeschlüsse dem Vorhaben des weibendeutschen Republikarbeitsausschusses ihre Zustimmung zur der Bildung und Errichtung einer weibendeutschen Republik bezeugt.

Der Deutsche Beamtenbund hat in der Nationalversammlung. Der Deutsche Beamtenbund hat in folgenden an die Nationalversammlung in Weimar gerichteten Telegrammen wegen der in Weimar stattgefundenen Ereignisse ausdrücklich unternehmen parlamentarischen Vortritt protestiert:

1. Tagespresse zufolge werden dauernd von bewaffneten Soldaten und Arbeitern, die sich zu unrecht Verfügungen der zuständigen Behörden anmaßen, Beamte der Freiheit herab, misshandelt und getötet und anverwandter Fehler unterstellt. Welche Vorgänge, wie in Bayern, auch in West- und Ostpreußen, in Baden, in der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter allen Umständen und Leben der Beamenschaft weiter angetastet werden, sind Beamte gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für keineswegs Verhältnismäßige nachsehbarer Folgen zeitigen können.

2. Deutscher Beamtenbund als Gesamtvertretung der weibendeutschen Beamenschaft mit rund zwei Millionen Mitglieder erbitet dringend unterjährige Abhilfe zur Sicherung der unbefangenen notwendigen angeforderten Weiterarbeit der Beamten.

Die Auslieferung des Kaisers und Herr von Bethmann

Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat an den Chefredakteur der „Neuzzeitung“ folgendes Schreiben gerichtet:

„In der „Neuzzeitung“ ist, wie ich nachträglich sehe, unlangst eine Zuschrift veröffentlicht worden, die sich mit der in der weibendeutschen Presse wiederholt geäußerten Ansicht über die Verhaftung des Kaisers und die damit verbundenen Verhältnisse befaßt. Ich habe mich demnach bereit erklärt, mich einem von neutralen Staaten zu bezeichnenden Haager Schiedsgerichtshof zu stellen und mich dessen Spruch zu unterwerfen.“

Gestatten Sie mir, an das zu erinnern, was ich bereits am 27. November d. J. in einer in der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ veröffentlichten Unterredung ausgeprochen habe:

„Ich lehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.“

Selbstverständlich nehme ich dabei in Anspruch, daß meine staatsrechtliche Verantwortlichkeit für die politischen Handlungen des Kaisers auch von einem neutralen Staatsgerichtshof zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht wird.“

Die Reichsgewalt im Heere.

Im „Vorwärts“ beschäftigt sich dessen langjähriger militärischer Mitarbeiter, der frühere Oberst Gädle, mit der Frage der Reichsgewalt im Heere, wobei er zu folgenden Ergebnissen gelangt: George Washington, ein bewährter Freiheitskämpfer, der seine Meinung darüber über die Verfassung äußerte, er habe keinen berechtigten Anteil an einer Handlung, die sich nicht in George Washington mit dem Ausdruck getau: „In einem Heere muß der unbedingteste Absolutismus herrschen.“ Er hatte seine Erfahrungen im Unabhängigkeitskrieg gemacht, als seine Willen immer wieder auseinanderließen und bei schwierigen Angriffen verlor. Absolutismus in seinem Sinne heißt nicht Willkür, sondern die Verfassung, die innerhalb der Verfassung über jene Gewalt nicht aus eigenem Rechte aus, sondern als Bevollmächtigter auf Grund des Gesetzes und innerhalb der Schranken des Gesetzes. Jede Überschreitung dieser Grenzen macht ihn selbstverständlich strafbar und strafbarer noch als ungehörige Untergebene. Aber er kann nicht von seinen Untergebenen verantwortlich gemacht werden. Diese müssen ein sicher gewähltes, von

allen hindernden Fesseln befreites Klagerecht haben. Strafe und Ehre liegt bei denen, in deren Auftrag der Vorgesetzte handelt und deren Gebote er unterwirft hat. Das und der Kriegsmunier und die Willkür, der kann die. Der Vorgesetzte ist der Nationalversammlung verantwortlich, die jeder Augenblick ihre Entlassung fordern, notfalls ihre Bestrafung in die Wege leiten kann. Der oberste Kriegsherr, von dem alle Verhängnisse ausgeht, ist somit das Volk selbst durch seine gesetzlich verbundene Vertretung. Darum aber kann auch ein Soldatenrat keine Verhängnisse fügen, neben der gebundenen Gewalt der Vorgesetzten. Das gleiche eine doppelte Verhängnisse, die ihn mitunter freuzen und unterden kann. Niemand würde, wenn er zu gebunden hat; es wäre die organisierte Unordnung, die Verhängnisse der untergebenen im Stampe mit der der Vorgesetzten. Die Soldatenräte können ein vortreffliches Mittelglied zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sein, können die Mängel und Schwäche der einen auf den anderen zeigen, ohne überheblich zu werden. Es können die beiden Zellen erhalten und vertieren, sie können auch bei Erhaltung der Wehrmacht mitwirken: ein Verzicht der Vorgesetzten, ein Verzicht auf Überwachung der Vorgesetzten, ein politischer Verein können sie nicht sein. So wie die Staat keine politische Macht hat, so kann die Soldatenräte nicht die politische Macht haben, die die Soldatenräte besitzen sollen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben eine entsprechende Machtteilung in vielen Fällen nicht einmal durch das Vertrauen ihrer Kameraden — eine an sich ungenügende und schwächende Grundlage zur Verhinderung eines Vorgesetztenverhältnisses — sondern durch ihre größere Macht, Hebrigkeit und Meinung zur Gewalt. Es ist eine ganz unangehörige Minderheit, die eine entsprechende Grundlage mit der einen geringen Zahl ihrer Parteigenossen über die große Masse des deutschen Volkes herrschen will.

Die Gendenien im Heere müssen ihre Bestallung von der Regierung haben und müssen Diener des Volkes sein. Ob man sie Offiziere nennt oder wie sonst, ist völlig gleichgültig. Der Vorgesetzte im Heere muß die Möglichkeit haben, bis zu dem höchsten Grade der Verantwortung über die Voraussetzungen erfüllen; er muß in sich selbst die natürlichen Anlagen zum Vorgesetzten haben, die geistigen und sittlichen Bedingungen erfüllen und er muß sich, wie überall, die erforderliche Berufsausbildung erworben haben. Ohne sie ist es nun einmal nicht möglich, Lehrer und Führer des Volkes in seinen zu machen, die Verantwortung aber langweilig und langweilig, und in ihrem Auftrag der Kriegsmunier, Regeln aufstellen und schließlich selbst über durch Beauftragte die Auswahl treffen. Die Untergebenen können es selbstverständlich nicht. Denn sie selbst erfüllen vorläufig noch nicht die erforderlichen Bedingungen, können sie sich vielleicht später erwerben.

Erzwingung der Einigung.

Die „Allg. Ztg.“ schreibt uns: Die sich über die Sozialdemokratischen Gruppen im Rahmen einer einheitlichen Partei vollgestanden erzwingen werden. Die Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie sind unter sich nicht einig, sondern über Grundfragen der Politik sehr verschiedener Meinung. Trotzdem wollen sie eine Einigung aller Sozialdemokraten erzwingen. Der leitende Redakteur der „Freiheit“, des Verleiner Namens der unabhängigen Sozialdemokratie, hat am Sonntag ein genau formuliertes Aktionsprogramm für die Einigung veröffentlicht, zu dessen Durchführung eine Massenbewegung leitens der Arbeiterärzler angeregt werden soll. Dieses Einigungsprogramm ist aber ein totesbornes Kind, denn sein Vater Hilferding erklärt von vornherein, daß die Einigung nur möglich sei, im Gegenzug zu der Politik der Führer der Weisheitslosigkeit, die allen Forderungen der radikalen Elemente, daß die große Mehrheit der Sozialdemokraten sich den Wünschen der Minderheit unterwerfen soll, die in der unabhängigen Sozialdemokratie, wie im Spartakusbund, auch nicht weiß, was sie will. Die „rote Fahne“, das Zentralorgan des Spartakusbundes, antwortet denn auch, es gäbe keinen größeren Feind der Sozialdemokratie, als das Streben, die heute erhaltenen Massen zusammenzuführen durch eine mechanische Vereinigung von Zellen, die noch nicht organisch zusammengefügt sind. Das in der „Freiheit“ veröffentlichte Aktionsprogramm verlangt die Erhaltung und den Ausbau des Ratesystems. Die Arbeiterärzler sollen einen Zentralrat wählen, und dieser Zentralrat soll das Recht erhalten, die Vorfälle an die Nationalversammlung unter ihrer Einbringung zu prüfen, selbständig Gesetzentwürfe an die Nationalversammlung einbringen, bei Ablehnung der von ihm eingebrachten Gesetzesvorläufe durch die Nationalversammlung eine Volkskammer durch die Regierung herbeiführen zu lassen und auch das Recht auf ein Vorkommen, das Voto gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zu erhalten. Das heißt: die Arbeiterärzler sollen durch ihren Zentralrat eine Kontrolle ausüben über die Nationalversammlung. Die Volksvertretung soll einer Ständerversammlung unterstellt werden. Die „Freiheit“ fordert eine unüberwindliche Massenbewegung, unter deren Druck sich die Einigung der Sozialdemokratie vollziehen soll. Selbst wenn die gewaltvoll erzwingende Einigung der Sozialdemokratie herbeigeführt werden könnte: wie lange würde die Herrschaft dauern? Wie lange würden die Zimmermänner der „roten Fahne“ und die Freunde von Ebert und Scheidemann hinsichtlich einträchtig im Rahmen einer einheitlichen Parteiorganisation miteinander arbeiten? Was dabei herauskommt, haben wir gesehen, als Führer der Weisheitslosigkeit und der Unabhängigen gemeinsam in den ersten Tagen nach der Revolution die Leitung der Staats- und Reichsgeschäfte übernommen hatten. Die Einigkeit würde nicht ein Vierteljahr lang aufrecht zu erhalten sein, angesichts der starken Gegensätze, die innerhalb der Sozialdemokratie gerade in den Hauptfragen der Politik klaffen.

(Fortsetzung auf der Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur Hans Kähler
in Weimar.
Druck und Verlag von H. Kähler in Weimar.



Für die uns anlässlich unserer am 8. Februar stattgefundenen Vermählung in so reichem Maße erwiesenen Ehrungen und Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank!

Merseburg, den 12. Februar 1919.

Haas Heltkamp und Frau,
Else geb. Schwendler.

Am 10. d. Mts hat Gott meine irrtümlichlebte Frau, mein herzensgutes Mädchen, meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante:

Frau Gertrud Müller
geb. Müller

nach kurzem schwerem Leiden im 31. Lebensjahre zu sich genommen

Dies zeigen zugleich im Namen aller Hinterbliebenen schwer erfüllt an

Das Müller nebst Töchtern Ruth, Gustav Müller, Spatlasen Rentant a.D.,
als Vater.

Stettin, Merseburg, den 11. Februar 1919.

Die Beerdigung findet in Stettin statt. Beileidsbelege dankend abgelehnt.

Bei dem plötzlichen und schmerzlichen Verluste unseres lieben und unerschöpflichen Sohnes, Bruders und Enkels können wir es nicht unterlassen, unsern innigsten Dank auszusprechen. Dank dem Herrn Pastor Frige für seine trostreichen Worte am G.abe. Dank dem Herrn Lehrer Wenzel und der lieben Schulsängern für den schönen Trauergang. Ferner der ten vor allen die seinen Satz so überaus reichlich mit Kräusen schmückten und ihn zur letzten Ruhe begleiteten.

Geß-Ragna, den 11. Februar 1919.

Die Heftkräuternde Familie

Gustav Wiegand u. Frau nebst Großeltern.

Du liebes Auchen bist nicht mehr,
Dein Blüde ist für immer leer,
Doch können wirs nicht fassen,
Daß Du uns für immer verlassen.

Dankfagung.

Wir können es nicht unterlass. n. unsern innigen Dank allen unsern Freunden, Bekannten und Verwandten beim Beimgange unserer teuren Entschlafenen

Witwe Henriette Schlotte geb. Mansfeld

auszusprechen. Besonders Dank Herrn Pastor Handstein, Herrn Lehrer Zettmann und der lieben Schulsängern für den erhabenden Gelaug sowie allen, die ihren Satz so reich mit Blumen schmückten.

Creppau, den 10. Februar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Kindes sagen wir allen unsern herzlichsten Dank!

Merseburg, den 11. Februar 1919.

Willy Arlus und Frau.

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landleute im Osten, aus dem täglich erichütternde Hilfeleufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Widerstand, und wir müßten befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Beschugung des Rechts und Landesfriedens die schmerliche Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Verlechte, vor Friedensschluß die Welt vorfertige Raubfische zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie unerschütterlich halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ergeben die Nahrungsmittel nicht, die uns überleben werden, sie schaffen die Schulen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie setzen den Kameraden in den Döfse-Provinzen zu seinem ungetörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Welcher euch freiwillig am Grenzdienst; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen ungesonnenommen und euch die künftigen Bedingungen mitteilen, unter denen wir die Abgrenzung von Freiwilligen erwarten. Wir wollen und in seinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Überbrücken von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Überbrücken von wehrofer Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herzenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sichern und die im Inneren geschaffenen Freimischungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französisch wie die russische, hat unter der Führung ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Ruf der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Geht, daß die Revolution den Militarismus zerstört hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie verachtet euch auch. **Freiwillige vor!**

Die Reichsregierung. Ebert, Scheidemann, Landsberg, Roste, Wiffel.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

Generalkommando IV. Armeekorps. Abt. 1a Nr. 300.

Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Ost — innerhalb der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — innerhalb der Reichsgrenzen — können sich bei

jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Ostb., Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind zulässig und werden nicht berücksichtigt. II. Jeder Freiwillige hat seinen Entlassungsantrag mitzubringen. Soweit er noch selbstbrauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschlagswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpass ist anzunehmen.

III. Bedingungen:

1. Im Betracht kommen nur selbstständige, moralisch einwandfreie Persönlichkeit die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens 1/2 Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
 - a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillon- oder Batterieverbande;
 - b) Kavallerie: Verwendung im Pao.-Schützenregiment oder als Div.-Kav.
 - c) Artillerie: Verwendung im Kompanie-Verbande;
 - d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Militärtruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Informations- oder Operations- oder Stabsformationen;
 - e) Informations-; Verwendung bei Feld- oder Stabsformationen.

Nach Maßregeln, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angenommen werden. Sie müssen mindestens 1/2 Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:

1. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um 1 Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er den Dienst tut.
1. Unterordnung unter die eingetragenen Vorgesetzten, denen Soldaten- (Kerrensens-) Räte zur Seite stehen. Anerkennung der bisher gültigen Kriegsregeln. (Änderung derselben ist eingeleitet.)
1. Anerkennung nachstehender Gehaltsätze für Ostb. und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:
 - A. Offiziere und Beamte:
 - a) mobile Gehaltsätze;
 - b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 8-8 angewiesen waren, eine Zulage von 5 M. täglich, zahlbar am Monatsbittell nachträglich.
 - B. Unteroffiziere und Mannschaften:
 - a) mobile Wohnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 M. monatlich;
 - b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 M. täglich. Im Gebiet des Ostb. außerhalb des Reichs 5 M. täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Feuertprämie. Diese beträgt für den ersten Monat 30 M., für jeden weiteren Monat steigend um 5 M. bis zu 50 M.

5. Verpflegung:
 - a) Im Gebiet des Ostb.: Mobile Verpflegung;
 - b) Im Grenzschutz Ost: Gänge und Truppen erhalten Feldverpflegung aus den kriegsentsprechenden Selbstbeständen. Ist unzulässig. Bist sie sich in Einzelfällen nicht umsetzen, so ist eine Entschädigung von 5 M. für den Tag zulässig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
 - a) Sowohl im Gebiet des Ostb. als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Beförderung:
 - a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärverpfahrungs-Gesetze;
 - b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet;
 - c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Den Leitern des Generalkommandos. Der Chef des Generalkommandos. Der Garnisonskommandant des IV. Armeekorps. D. d.

Nachlaß-Auktion.

Montag den 18. Februar d. J., von vormittags 10 Uhr an.

findet in **Amme Dorf** im Grundstück Friedensstraße Nr. 56 der Verkauf folgender Nachlaßgegenstände öffentlich meistbi. tend gegen Barzahlung statt, und zwar:

- 1 Sofa (neut), 1 Sofarückl., 3 andere Tische, 4 Rohre u. 2 Holzstühle 1 Ale beschrankt 1 Küchenschrank, 1 Bettstelle mit Matr., 1 Kommode, 1 Gerüstschl., 1 Kleiderst., 1 So egei mit Tisch, 1 Regulator, Pane-Isolier sowie versch. anderes Haus u. Küchengerät.

Die Gegenstände sind gebraucht, aber noch in gutem Zustand. Im 1. Etage er Erben:

Albert Franke, Auktionator.

Haus-Verkauf.

Das den Julius Leonhardt'schen Erben gehörige, auf verzinsbare Grundstück Brauhausstr. Nr. 11 mit 2 dazu gehörigen Kieplöplänen ist unter ähnlichen Bedingungen zu verkaufen. Näheres unter-Nr. 11 aurg Nr. 29.

2 Arbeitspferde (Osner)

aus Privatband zu verkaufen. Eisenhut, Salla a. S. Metzlerburgr Nr. 961, Tel. 2804.

Ein Wohnhaus

mit Zubehör zu verkaufen oder zu verpachten. Offerten an G & X an die Exped. d. Bl.

Ein Paar Schuhe, Kattunhemden, und ein kleines Jackett, stehen zu verkaufen. Benenent 9.

Ein Paar Militärkniehose (Gr. 34) sind zu verkaufen oder gegen Größe 27 1/2 umzutauschen. Große Nr. 26, Hof.

1 Paar Militärstiefeln, Gr. 47, 1 Militärkniehose (Schirmmühle, feldgrau), Gr. 36-37, zu verkaufen. Kleinfische 4, 1. Et. 1.

Den zum Einmauern verkauft. Friederichstraße 15.

1 mehrl. Tisch, großer Spiegel, Tellerespiegel, Nähmaschine, Kleiderkasten zu verkaufen. Döberstraße 1.

Ein Paar Militärstiefeln, Gr. 26, zu verkaufen. Die Benenentstraße 7, 3. Et.

Guterhalt. Winterüberzieher u. schwarzer Gehrockanzug zu verkaufen.

Schmale Str. 15, 2. Et.

Mehrere Fensterrahmen (teilweise mit großen Glascheiben) billig zu verkaufen. Gotthardstraße 28.

1 Paar Militärschnürschuhe zu verkaufen. Hofmarkt 9, 2. Et.

Ständer mit 5 Billard-Bauesen und 5 Kalle zu verkaufen. Rotes Kreuz, Seifnerstraße 1.

Land-Gasthof

mit oder ohne Saal, engl. Garten und Feld nahe sofort zu kaufen. Richard Hoffmann, Salla a. S., Kleine Ulrichstr. 27, 1. Etage links.

Gastwirtschaft zu pachten

eventl. mit Grundstück zu kaufen gesucht. Off. u. **Gastwirtschaft** an die Exped. d. Bl.

Meldung Oberelbsender würde jungen Mann zu verkaufen.

gebrauchtes Slavier zur weiteren Ausbildung gegen monatl. Mätzungshaus verkaufen? Off. unter **Slavier 4** an die Exped. d. Bl.

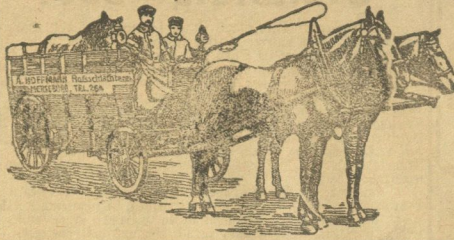
Philharmonie!

Freitag den 14. Februar d. J.

Generalversammlung

im „Strandbühnen“.
Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung werden alle Mitglieder erlucht, vollständig zu erscheinen.
Der Einberufer

Ein Stamm Züchter,
gute Regehirner, zu kaufen gesucht.
Off. mit Preisangabe u. B. L. 62
an die Exped. d. Bl.



Pferde

ZUM Schlachten
kauft

Arthur Hoffmann,

Ro.-Schlachterei,
B-Gut 6
Telephon 264.

Inhaber der Erlaubnis zum
Ankauf von Seilschnepperleien

Am Freitag den 14. Februar
feiert die 11. Komp. des Inf.-Reg. 153 Ibrn

Einzugs-Ball

im „Neuen Schützenhaus“.

Beginn 5 1/2 Uhr abends.

Tanzlustige Damen und Herren werden herzlichst
dazu eingeladen!

Kammer-Lichtspiele

Kleine Ritterstrasse 3 Fernruf 429

Nur noch Mittwoch und Donnerstag:

Die Liebe des Königs Kodes!!!

Grosses ergreifendes Liebedrama in 4 Akten.

Das Haus gegenüber!

Ein seltsames Kriminalabenteuer des berühmten
Harry Higgs.

Harry Higgs — Hans Mierendorf.

Anfang 7 1/4 Uhr. — Anfang 7 1/4 Uhr.

Achtung! Achtung!

Empfehle meine selbstgearbeiteten Waren:

Auftragbüchsen	Kleiderbüchsen
Glasbüchsen	Stratenbüchsen
Schneerbüchsen	Rohwolle
verschiedener Art	Kohhaarbesen
Schrubber	Kohhaarhandfeiger
Glasbüchsen	Reisstrohbüchsen
Karntischen	Reisstrohhandfeiger.

Sämtliche Waren sind gut und dauerhaft gearbeitet.
Für Wiederverkäufer grösserer Posten Rabatt.

Wilhelm Göze, Bürstenmacher,
Rennmarkt 78. Rennmarkt 78.

Verein für naturgemässe Gesundheitspflege, e. V.

Dienstag den 18. Februar, abends 8 Uhr

außerordentliche General-Versammlung

in der „Goldenen Kugel“.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht 2. Kassenbericht 3. Wahl der Revisoren 4. Festsetzung der Beiträge 5. Anträge 6. Neubau des Luftbades 7. Wahl des Vorstandes.

Die Mitglieder bitten wir, vollständig zu erscheinen. Anträge sind schriftlich bis 14. Februar dem Vorstande einzureichen. Der Vorstand.

Von dem Landratsamt Merseburg wurde mir der

Fleischverkauf

für die Gemeinde

Oberbeuna und Umgebung

zugewiesen.

Achtung!

Am Donnerstag den 13. Februar
im „Neuen Schützenhaus“

große Gala-Vorstellung

der berühmten Spezialitäten-Truppe Wolf aus Magdeburg.
Reichhaltiges Programm! Artisten erstes Rangest.
Anfang 7 1/4 Uhr. — Anfang 7 1/4 Uhr

Vorverkauf: Friseur-Geschäft Hante, Sämale Straße.

Erstmaliger Fleischverkauf am Sonnabend
den 22. Februar; die gültigen Fleischmarken sind
am Sonnabend den 15. d. M. an mich abzuliefern.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Geyer, Fleischermeister.

Von Donnerstag den 13. d. M. ab liefern
mehrere Ladungen
erkältester, junger, belgischer

Arbeitspferde

— darunter prima Zugpferde —
in meinen Stallungen preiswert zum Verkauf.

H. B. Kremmer Nachf.,
Fa. Nürnberger,
Telephon Nr. 28. — Merseburg. — Telephon Nr. 28

Uebnahme von Banleitungen,
herstellen von Entwürfen, Kosten-
anschlägen, stat. Berechnungen,
Baugesuchen, Gatachten u. s. w.
in kürzester Zeit unter billigster B-rechnung
für Bauten aller Art. G-fil Anträge erbeten an
Albert Blass, Architekt, Merseburg,
Menschauer Straße 5.

Für Ledergröshandlung Magdeburgs wird
ein ruhiger, bei der Kundschaft gut eingetretter und

tüchtiger Vertreter

für Merseburg und Umgegend gesucht. Offerten unter A L 141
an Kade & Co., Magdeburg, erbeten.

Habe mich in Merseburg

als Arzt

niedergelassen.

Sprechstunden bis auf weiteres in Müller's
Hotel, Am Bauhof 4, von 10—11 Uhr vorm.,
2—3 Uhr nachm.

Kimbron, prakt. Arzt.

Tivoli-Theater

Merseburg.

Direkt. A. Dechant

Donnerstag d. 13. Februar 1919,
abends 7 1/2 Uhr,
Gastspiel von Ludwig Heine.
Zum unumkehrlich letzten Male:
Die Czardasfürstin.
Operette in 3 Akten von Kalman.

Sonntag den 16. Februar 1919,
abends 7 1/2 Uhr,
Gastspiel Ludwig Heine.
Zum 2. Male!

Die Rose von Stambul.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Nachmittags 4 Uhr:
große Kindervorstellung!
Klein-Däumling und der
Menschenfresser.

Varieté

Thüringer Hof
Merseburg.

Heute und folgende Abende
große Vorstellungen.
Beginn 7 1/2 Uhr.

Gesellschafts-Verein „Frohinn“

hält Sonnabend den 15. Februar
von abends 7 1/2 Uhr an keinen

Käpfel-Abend

in Schmidt's Gasthaus in Meuselbach
ab. Gäste und Freunde herzlich
willkommen. Der Vorstand.

Lotterie-Verein Ober-Beuna.

Zu der am Sonntag d. 16. Feb.
von nachm. 3 Uhr ab stattfindenden

Ball Musik

ladet ergebenst ein
der Vorstand.

Bergschenke.

Sonntag den 16. Februar 1919,
abends 7 1/2 Uhr

Familien-Abend

zu Ehren der heimgekehrten
Krieger.

Es ladet ergebenst ein
Jungmädchenverein
Waldendorf u. Umgebung.

Bandonion-Klub „Waldroschen“

Waldendorf
Gasthof „Goldener Anker“.

Sonnabend den 15. Februar,
von abends 7 1/2 Uhr an

Tänzerchen.

Dazu ladet freundlichst ein
der Vorstand.

Damen-Masken

zu verteilten Gutendvengst. 3, 2 Fr.
Belegte beim Beilage.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt)

Die Kämpfe in Polen.

Katel unter dem Feuer schwerer Artillerie. Katel, 11. Febr. Den Abend der Stadt Katel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligen-Korps Bräslau übernommen...

Warsberg a. W., 11. Febr. Die Polen hatten bei Katel die Jüge an und verbinden die Weiterfahrt. Die Polen schrieben auf die Jüge. Die von Osten kommenden Jüge werden über Lausitz umgeleitet.

Zborn, 11. Febr. Die Polen beschließen die Bahnlinie Bromberg-Bytom mit weitergehenden Geschäften. Das polnische Hauptquartier ist von Gnesen in die Nähe von Opatowitz verlegt worden.

Bromberg, 11. Febr. Am Freitag wird gemeldet: Am Sonntag wurden Josenfen, der Brüdenhof und einzelne Teile von Steinburg wiedergewonnen. Bei Josenfen wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Polnische Freiheit.

Die polnische Delegation hat ein neues breites Erjuden an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, wonach bei der Erneuerung des Waffenstillstandes es den Deutschen auf das entscheidende verbot werden soll, militärische Operationen gegen die Polen in der Provinz Polen zu unternehmen.

Der Selbstmord einer deutschen Leontbas-Streitkraft.

Da der im amtlichen Bericht enthaltenen Mitteilung über die Besichtigung von Wladan durch die Volksgewehr, teilt der Besichtigter des deutschen Geländes in Wladan mit: Die deutsche Besichtigung von Wladan erfolgte am 10. Febr. um 10 Uhr am Montag vor acht Tagen war der Bericht gemacht worden, die besetzte Stadt zu entziehen.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Entente-Verhandlungen über Erneuerung des Waffenstillstands-Abkommens. Aus Genf wird gemeldet: Die Verhandlungen des Kriegsrates der Entente über die Erneuerung des Waffenstillstands-Abkommens mit Deutschland, die am Freitag in Paris begonnen haben, wurden Sonnabend fortgesetzt.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Zolt.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Durch ein unglückliches, unausgeklärtes Ereignis ist das letzte Testament des verstorbenen Kommerzienrates, Herrn Gustav Bernhard Dohm, verbrannt, nachdem der Faktor kurz zuvor eigenhändig das frühere vernichtet hatte.

Schröder machte eine kleine Pause und fuhr dann im nächsten Geschäftssitz in der Umkleehabung fort. Es schlugen Stimmen an Jetties Ohr; die sie schwindeln machten. Für so groß hatte sie die Erbschaft nicht gehalten. Da würde das Pflanzgut allerdings zu einer bescheidenen Existenz gereicht haben.

Jetzt war sie wieder ganz bei der Sache, und als der Faktorzug zu Ende war, begann sie zu reden, noch bevor Bernhard sich geäußert hatte. Ich beantrage, daß die Erbschaft nach den Bestimmungen des ersten Testaments, dessen Wortlaut Onkel Albert noch dem Gedächtnis aufgeschrieben hat, und dessen Inhalt Herr Dohm Faktorzug bekannt sein dürfte, geteilt wird.

Der Bruder diente ärgertlich nach der Schwester hin. Wo traf ihr Vorschlag unvorbehalten. Schon diese An-

stillsstandsabkommens mit Deutschland, die am Freitag in Paris begonnen haben, wurden Sonnabend fortgesetzt und sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wurden am Montag wieder aufgenommen, und der „Temps“ gibt in seinem geistigen Leitartikel offen zu, daß sehr ernste Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungen der Großmächte bestehen, so daß eine Einigung über die zu stellenden Forderungen Frankreichs zweifelhaft geworden ist.

Die neuen Forderungen der Entente.

Der Oberste Rat der Alliierten ließ der Deutschen Obersten Heeresleitung am 10. Februar in Spa mitteilen, daß er ihr eine Forderung an die über das zurzeit in Deutschland vorrätige oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere aber die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der schweren und leichten Geschütze, der Flugzeugmotoren und der Flugzeuge.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

45 000 deutsche Gefangene noch in Rußland. Wie wir aus Berlin hören, befinden sich insgesamt etwa 45 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland, davon 40 000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und etwa 16 000 Soldaten, außerdem etwa 2500 Mann in Turkestan. 2000-2500 in den Rußlandprovinzen und im Kaukasus.

Lebensmittellieferung und Waffenstillstandsfragen.

So erfreulich der soeben abgeschlossene Vertrag mit den Regierungen des Verbandes über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland bei den ersten Augenblicken aus aussieht, insofern, als es sich um Lieferung von Lebensmitteln handelt, die wir für unser ausgehungertes Volk dringend nötig haben, so stellt doch dieser Vertrag nicht im mindesten eine Menschenfreundlichkeit des Verbandes dar.

bern daß sie abhängig ist von der Regelung des Finanz- und Schiffahrtsabkommens, jenes schließlichen Finanzabkommens, das unsere gesamte Ausfuhr und Einfuhr unter die Kontrolle der Entente stellt, und von der selbst noch sagte, daß es eigentlich gar nicht zum Gebiete der Waffenstillstandsbedingungen gehöre.

Wie der Geist der Verantwortlichkeit ansieht, den der Verband und insbesondere die Franzosen gegen uns hegen geht aus den Überlegungen der Mätrier hervor, die der französischen Regierung nahelegen, und die neuen Forderungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes ansprechen. Die französische Presse sieht in ihrem Kampfe daß der alten Imperialismus Deutschlands schon wieder aus dem Grabe stehen. Die Deutschen verurteilen, sich der Folgen des Krieges zu entziehen und daß unter die Verbündeten zu lassen.

Brotzeit und Amgegend.

Weißenfels, 11. Febr. Im hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat wurde über die Tätigkeit der hiesigen Gesellschaft nach dem Ammission berichtet. Als besonderer Fall wurde dabei angeführt, daß die Eisenbahndirektion Erurt durch einen hiesigen Beamten für mehrere 100 000 A Balleidungswaren der Waggonbesitzer bezogen habe, deren Ursprung sich nicht ermitteln ließ.

12. Febr. Einen überfall an der ersten Lehrerin Dörris unternahm im Schulgebäude während des Unterrichts der Vater einer Schülerin.

brauche sie nicht mehr zur Schule zu gehen. Dem Kind von der Lehrerin nicht die volle gewünschte Danksagung unterrichtet, erteilt worden, weil es sich noch nicht auf Frankfurt an einem öffentlichen Tanzenabend beteiligt hatte. Der Lehrer verübte die Gewalttat mit Totschlagbedrohede, dessen Ausführung nur an der Festsetzung des Lehrers scheiterte.

wesenheit des Onkels war ihm sehr unerwünscht, doch vermochte er es nicht zu ändern, da ihm und dem Justizrat von der Vollmacht Thomas Bennis gegeben worden war.

Auch der Justizrat sah bei dem Vorhlag überaus auf Er ersah in ihm, daß er Frau Dohm sehr nahe stand, als ein guter, glückselig gewählter Schwager. Er behaupte nur, daß er nicht von Bernhard Dohm ausgegangen war.

Da Bernhard nichts sagte, fuhr Frau Thoma fort, sich jetzt direkt an den Bruder wendend: „Es wäre für uns Kinder doch eine Unmöglichkeit, Mütter nicht miterben zu lassen. Mutter die Hälfte des Vermögens und uns die andere Hälfte, so stand es geschrieben. Und dann — Mutter muß in ihrem Hause bleiben.“

„Erlaube mal“, begann Bernhard, „da befindet du dich im Irrtum. Mutter denkt nicht daran, allein in dem großen Hause zu wohnen. Wir haben mit den vielen Kindern oben zu wohnen. Mutter hat mehr in unterm Hause und der große Garten hier.“

„Ich besteho darauf, daß das Elternhaus der Mutter zur freien Verfügung bleibt. Mit einem Anbau läßt sich bei euch ja reichlich Platz schaffen. Und einen kleinen Garten hast du auch.“

„Das ist ja Mutter's und meine Sache, wie wir uns später einrichten werden.“

Do schlug Frau Dohm ihren Schalter zurück, und Jettie sah voller Gemüthung, daß sie von ihrer Mutter verstanden worden war. Nun fand es Jäger, der Frau Anna nicht aus den Augen gelassen hatte, für richtig, auch sein Wort zu sprechen.

lungeden wollen. Was ihn zu der traurigen Änderung dieses Dokuments veranlaßte — wir haben es nicht mehr von ihm erfahren, da sein Tod dieser letzten Handlung sofort folgte. Aber wir geben wohl nicht leicht, wenn wir annehmen, daß da böse Einwirkungen und Verleumdungen mitgedirrt haben, die die Klut verderben hatten, die zwischen Vater und Tochter trennen stand.

Während Bernhard Dohm in verübtem Angerium ver sich hinsetzte und alles darum geben hatte, jetzt seines Schwiegeraters zur Seite zu haben, sagte Justizrat Schröder: „Da sich in den Papieren des Verstorbenen ein Entwurf des Testaments in fast vorzüglicher Wieder-gabe gefunden hat, so würde das, wenn die Erben sich em-verstanden erklären, die Angelegenheit sehr erleichtern.“

„Geben Sie den Entwurf des Testaments hier, Herr Justizrat?“ fragte Jettie.

„Ja wohl, Frau Thoma.“

„So bitte ich darum, ihn vorzulesen.“

„Wo da, Jettie?“ währte der Bruder ab.

Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Merseburg

Der unterzeichnete gemäß § 8 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindefortschritts vom 24. Januar 1919 in Verbindung mit § 24 der Städteordnung gebildete Wahlvorstand, der aus Bürgermeister Dr. Molsch als Vorsitzenden, Stadtverordneten G. H. H. L., Langer als Beisitzern besteht, fordert hierdurch zur Einreichung von Wahlvorläufen auf.

Gemäß §§ 2 und 8 der Verordnung sind wählbar alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, ungeschloffen vom Wahlrecht und deshalb auch nicht wählbar ist:

1. wer endmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

In Merseburg sind 36 Stadtverordnete zu wählen. Mehr als 36 Namen dürfen die Vorläufe deshalb nicht enthalten. Ein Bewerber darf nur einmal vorgeschlagen werden. In den Wahlvorläufen sollen die Bewerber mit Vor- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angedeutet werden, daß ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Wahlvorläufe müssen von mindestens 100 in der Stadt zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Es ist zu beachten, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorläufen stehen sollen.

In jedem Wahlvorlaufe soll ein Vertrauensmann benannt werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar zur Rücknahme des Wahlvorlaufs sowie zur Abgabe von Verbindungs- und Bevollmächtigungsmachtigungen ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes benannt werden.

Mehrere Wahlvorläufe können mit einander verbunden werden. Verbundene Wahlvorläufe können nicht gleichzeitig zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorläufe gelten in den anderen Wahlvorläufen gegen über als ein Wahlvorlauf. Jeder Wahlvorlauf darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorläufen angehören.

Anzuschließen sind den Wahlvorläufen:

1. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorlauf,
2. Befehlsentwürfe des Wahlrats darüber, daß die Unterzeichner des Wahlvorlaufs in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden am Sonntag den 2. März 1919 statt.

Die Wahlvorläufe sind spätestens am 22. Februar 1919 bei dem Wahlvorstande einzureichen; die Verbindung mehrerer Vorläufe miteinander muß von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend

spätestens am 22. Februar 1919 als dem 7. Tage vor dem Wahltag, dem Wahlvorstande schriftlich erklärt werden. Nur bis zu letzterem Termine können auch die Mängel der Wahlvorläufe und ihrer Verbindungen beseitigt werden. Wahlvorläufe oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen, können nicht zugelassen werden. Merseburg, den 11. Februar 1919.

Der Wahlvorstand für die Stadtverordneten-Versammlung.
L. 404/19. der Stadt Merseburg.

Bekanntmachung.

Betrifft: Wahlen von Stadtverordneten bzw. Gemeindevorstehern.

In § 8 Abs. 2 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindefortschritts vom 24. Januar 1919 — S. 13 der preussischen Gesetzgebung — ist bestimmt, daß bei der erstmaligen Wahl die Wählerlisten zur preussischen Landesversammlung anzuwenden sind. Diese Bestimmung ist vielfach dahin ausgelegt worden, daß die Wähler auch bei der Gemeindevorwahl das Recht hätten, beim Verzuge aus einer Gemeinde in die andere oder beim Fehlen der Wählerliste in eine Gemeinde sich noch nachträglich in die Wählerliste eintragen zu lassen. Diese Auffassung ist unzutreffend, maghabe ich der Stand der Wählerliste zur Zeit der Wahl zur preussischen Landesversammlung. Nachträge in die Wählerliste der preussischen Landesversammlung finden überhaupt nicht statt.

Bezüglich der Militärpersonen hat das Kriegsministerium unterm 30. Januar d. Js. — 1051. 1. 19. A. 1. — besondere Bestimmungen erlassen. Danach können nur diejenigen Herrensangehörigen das Wahlrecht ausüben, welche in die Wählerliste eingetragen sind, oder welche ohne Eintragung in die Wählerliste für die Wahl zur preussischen Landesversammlung auf Grund besonderer Regelung in der Gemeinde ausgetreten haben, in welcher sie sich jetzt an der Gemeindevorwahl (Stadtverordneten, etc.) Wahl beteiligen wollen.

Berlin, den 4. Februar 1919.
Preussisches Ministerium des Innern.
gez. Hirsch.

Beröffenlicht:
Merseburg, den 10. Februar 1919.
Der Landrat.
Frelher v. Wilmowski.

Auskunftserteilung in Demobilisationsfragen.

Die Demobilisations-Anstalt des Kriegsministeriums ist mit Anfragen seitens des Publikums über Ort, Zeitpunkt, Demobilisationsort u. Angelegenheiten aller Art zu überlastet, daß eine zeitliche Beschränkung dieser Fragen nicht durchzuführen ist. Derzeitige Anfragen sind daher nicht an das Kriegsministerium, sondern an das für den Bezirk zuständige Generalkommando, Anstaltsstelle, zu richten. Unmit eibar an das Kriegsministerium gerichtete Anfragen werden in Zukunft keine Berücksichtigung finden.

Gen. Leit. d. Generalstabes. Der Exekutiv-Anschluß.
Der Chef des Generalstabes. J. A.
des v. den Hagen. gez. Neumann.

Fahrplan-Änderung.

Von Sonntag den 16. Februar d. Js. ab fallen folgende Züge Sonn- und Feiertags aus:

2065 Merseburg ab 11 ¹⁰	Halle	an 11 ⁰⁰
2068 Halle ab 11 ⁰⁰	Merseburg	an 11 ¹⁰ und
2069 Merseburg ab 11 ¹⁰	Merseburg	an 11 ¹⁰

Halle (Saale), im Februar 1919.

1 großer Sederbogen. Achtung

zu verkaufen. Eisenbahnstr. 20.
1 Paar Militärschneidmesser, neu, Dr. 43, 2 Paar Rasiermesser, Langhelflein, 1 Messer, 1 Holz, Messer für lange Messer für 25 Mt. zu verkaufen.
Alteisenstraße 8, part. I.
Tadellos brauner Anzug, militäre Figur, prima Stoff verkauft, da zu klein, für 250,00 Mt. zu verkaufen. Zu erfragen bei: Ziehe, Poststraße 16, Hof rechts, pt.

1 Damen-Maske

zu ver-leihen. Jahrlang, Oberweuno, Naumb. Str. Guterhaltener dunkelblauer Herrenjackett für schlankte Figur, Größe 1,67 m, zu kaufen gesucht. Wer te lieft unter K Sh an die Exped. d. Bl.

In Merseburg

sucht Restaurant oder Wirtschaft zu kaufen oder zu pachten. Sp. Bier oder oder oder. Offerten an P. Kuchl, postl. Merseburg.

Briefmarkensammlungen

od. best. eins. Marken, Ardenne, Kolonialmarken, alte Briefe u. darauf befindlichen Briefmarken aus der Jahren 1850—70 von Sammler zu kaufen gesucht. Schreiben Sie an Postlagerkarte Nr. 88 in Halle a. S.

Großer Tisch

zu haben. Ausziehlich, zu kaufen gesucht. Offerten unter A Z 6 an die Exped. d. Bl.

4-6-Zimmer-Wohnung

zum 1. April, Juli oder 1. Oktober zu mieten gesucht. Offerten bitte unter H M 25 an die Exped. d. Bl.

Gegen

Borauszahlung einer Jahresmiete wird per 1. April d. J. od. später größere Wohnung evtl. mit Laden zu mieten gesucht.

Wohnung

von 6 Zimmern zum 1. April gesucht. Angebote unter A B an die Exped. d. Bl.

Kinderleines Gewand

sucht zum 15. 2. 19 oder später modernisiertes Zimmer, wenn möglich mit Orchesterbank. Off. unter S B 200 an die Exped. d. Bl.

Best. Gewand zum Kauf

in billiger Wohnung (Wohn- und Schlafzimmer, Küche oder Küche) per sofort Angeb. u. W F 25 a. d. Exp. d. Bl.

Besseres möbl. Zimmer

sofort oder zum 1. März zu mieten gesucht. Best. Angebote unter "Wagdeburg" an die Exp. d. Bl.

Best. möbl. Zimmer

(evtl. ger. Schlafzimmer) von ein. gutem Herrn (Jng. neu d. Leuna-Werke) gesucht. Off. u. Ingenieur an die Exped. d. Bl.

2 bessere Herren

suchen 1 od. 2 möbl. Zimmer. Offerten an Hotel Dommsloh.

Zwei bessere junge Herren

suchen zum 1. März oder früher möbl. Wohn- und Schlafzimmer. Offerten unter B 5 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Suche möbl. Wohn- u. Schlafzimmer

Angebote an Regierera: bauwürdiger Zschey, Müllers Hof 1

Möbliertes heizbares Zimmer

sofort zu mieten gesucht. Offerten unter 321 an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer (evtl. 2)

mit 2 Betten und Kochgelegenheit von jungem Ehepaar gesucht. Off. u. B H 92 an die Exped. d. Bl.

Jung. Mann sucht für sofort

oder später möbl. Zimmer. Best. Angebote unter O L an die Exped. d. Bl.

Klassig. handgemalt. Kreide-

Vergrößerungen

nach jeder Photographie fertigt schnellstens und billiger an H. Köhler, Unteraltendurg 38 II.

Röschenschürze

oder Süd Mt. 5.40 3 Süd Mt. 16.40. Frauenwirtschaftschürze elegant, der Süd Mt. 4.50, drei Süd Mt. 26.—

Damenhausschürze

sehr elegant per Süd Mt. 13.—, drei Süd Mt. 36.—

Männerschürze

per Süd Mt. 6.25, 3 Süd Mt. 17.75, vierfach imprägniert, groß, Mt. 13.—, drei Süd Mt. 36.—

August Rettig, Dessau B. 75, Textilwaren u. Zellstoffe.

Phosphatdünger,

enth. 4-6% Phosphorsäure, trifft in achtigen Tagen ein u. nehme ich jetzt Bestellungen entgegen. Hugo Held, Corbetta (Bhl), Telefon Amt Dürrenburg Nr. 20.

Ausgekauftes Damenhaar

läuft höchstabelnd Alfred Kuge, Bahnhofstr. 87.

Trocken-Parfüm

in Rose, Stiller, Nelken, Mai blühen.

Naila

das neue Herrenparfüm. Proben 1 Mt. und 2.50 Mt.

Otto Stiebritz,

Parfümerie, Gohndorfstraße 32

Fahren jeder Art

nimmt an Rich Dietrich, Sand 18, Liebenow 531.

Emmy Hertel

Konzert- und Oratorien-Sängerin nimmt SchülerInnen an Domstraße 1 II.

„Esperanto“

hält sich immer noch gern bereit Georg Rettelbusch, Gymnasiallehrer a. D., Unter Altenburg 41

Anhaltische Bauschule Zerbst

Abteilung der Wiederholungs- und Sonderkurse für Kriegsveterane am 20. Januar

Ich suche einen Lehrlingen

zur Ausbildung als Schneidemüller und Holzschmied an Gustav Winkler Nachf., Holzhandl. u. Bauwesen, Merseburg, Marktstr. 25.

als Helferin.

die sich auch im Haus-halt betät. b. freier Zeit. Frau Anwandl. Angabe der näheren Verb. u. Gehaltsansprüche an Flora Apotheke P. Manchow, Bitterfeld.

Näherinnen

für feine Handarbeiten sucht Fabriket Mauerberger, Ammendorf.

Affenmädchen.

Su erfragen bei Frau Ingenieur Remmert, Weissenhofer Str. 23.

Wer erlöst jungen Mann

Ma. baltin u. U. erlöst? Offerten unter „Mandoline“ an die Exped. d. Bl.

Welches Geschirr oder Möbelwagen

fährt innerhalb 14 Tagen leer von Leipzig nach Merseburg. Off. an Herrn. Georg. Hofmann 4.

Heirats-Gesuch

Witmer, 43 Jahr alt, Arbeiter, mit 9jährigem Mädchen, möchte sich bald wieder verheiraten. Frauen, welchen daran gelegen, vermittelt kostenlos Anbahnung G. Habner, Schlodden bei Bitterfeld.

Raufmänn. Lehrling

zu Oftern gesucht. Günther Heilmann.

Für Hausarbeiten Frau oder kräftiges junges Mädchen

gesucht von Otto Dobrowitz.

L. jüngere Verkäuferin

die in besseren Handarbeiten geübt ist. Off. mit Gehaltsanspr. u. B. J an die Exped. d. Bl.

Suche für me. ne. Vereinsmitgl. und Samenhandl. eine tüchtige Verkäuferin.

Gustav Fuss, Gröbnerstr. 46.

Suche zum 1. März, lautes, feines Dienstmädchen oder Aufwartung für den ganzen Tag.

Raonitz, Buchhändler Str. 15.

mehrere Bürolehrlinge

mit guter Handschrift und Schulbildung einstellt werden. Besetzung beim Geschäfts-führer des Kreis-Wahlrechtsamts hier. Kleine Ritterstraße 15, in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags. Selbstgelebener Lebenslauf und Schulzeugnisse sind mitzubringen.

Suche tüchtige Arbeiter.

dem auch die Führung einer Kartotef obliegt, angemessen. Bewerbungen schreiben an Lebenslauf u. Gehaltsansprüche werden erbeten an das Kreis-Wahlrechtsamt Merseburg.

Süchtiges Hausmädchen

zum 1. April gesucht. Schütze, Aufwindstr. 4

Dienstmädchen

bei gutem Lohn Selma Bergmann, Gohndorfstr. 19.

Aufwartung

täglich für einige Stunden vormittags gesucht. E. Silberbrandt, Al. Ritterstr. 13

Aufwartung zum Lad-reinigen sucht Wilh. im Köhler.

25 Mk. Besoldung

benutzen, der jungen Ehepaar 2 kleine oder 1 große Stube nachweilt. Auf dem Lande nicht ausgeschlossen. Offerten erbeten nach Gohndorfstr. 13, im Hofe

Goldenes Armband verloren

Witmer, 43 Jahr alt, Arbeiter, mit 9jährigem Mädchen, möchte sich bald wieder verheiraten. Frauen, welchen daran gelegen, vermittelt kostenlos Anbahnung G. Habner, Schlodden bei Bitterfeld.

Merseburger Correspondent.

Beilagen: täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausl. Bestellgeb. durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

—: Geschäftsstelle: Dürbe 9. —:

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Beilage oder deren Raum 30 Pfg., im Restenteil 75 Pfg., Cirkonanzigen und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Plakatschrift ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 37

Donnerstag den 13. Februar 1919

45. Jahrg.

Die Arbeiterräte

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren die Träger der Revolution. Allüberall entstanden sie. Es war fast keine größere Gemeinde in Deutschland, in der nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde. Und sie rissen überall die Herrschaft an sich. Die rote Fahne, die bald auf den Rathhäusern flatterte, zeigte an, daß sich die Gemeinde in der Gewalt eines A. und S.-Rates befand. Die Organisation kampte, wie denn die Revolution gut vorbereitet war. Die Berechtigung, sich die Macht anzueignen, nahmen die A. und S.-Räte daher, daß an Stelle der alten Gewalt eine neue getreten war. Die Gemeindevertretungen wurden von ihnen als die Vertreter der alten Gewalt bezeichnet, und sie erachteten es nun als selbstverständlich, daß sie als Vertreter der neuen Gewalt die Vertreter der alten ablösen oder wenigstens bevorzugen. Das letzte war nun meist der Fall. Der A. und S.-Rat schied seine Vertrauensleute in die Sitzungen des Magistrats, in die Kommissionen. Und für jede Stadt galt das: *sic volo, sic jubeo* des A. und S.-Rates.

Es kam die Zeit, da die Entente ihre Besatzungstruppen schickte. In den besetzten Gebieten mußten die A. und S.-Räte verschwinden und in dem neutralen die Soldatenräte. In einem großen Teil des nichtbesetzten Gebietes befanden sie aber weiter und bestanden heute noch, obgleich nach der Demobilisation die Soldatenräte gar keine Berechtigung mehr haben. Es haben sich denn auch sozialdemokratische Führer, zuletzt Scheidemann, ganz entschieden gegen das Weiterbestehen der S.-Räte ausgesprochen, da sie gar keine Formationen mehr hinter sich haben. Es ist wohl auch anzunehmen, daß die Soldatenräte, wenn auch nicht ganz freiwillig, nach und nach verschwinden werden. Anders ist das mit den Arbeiterräten. Die Arbeiterräte haben ihren Zweck erfüllt, sie haben die Revolution eingeführt, haben sie geführt, haben die alten Gewalten außer Kurs gesetzt, haben neben manderlei seltsamen Anordnungen viele gute und sozialistische Maßnahmen getroffen und haben, vom Standpunkt der Revolution aus, solange eine Berechtigung, als noch die von der alten Macht eingefügten Gemeindevertretungen tätig sind. Sie haben diese beaufsichtigt. Am 2. März müssen nach dem Dekret der preussischen Regierung in allen Gemeinden die *Revisions* Rattegebungen haben. Von diesem Tage an ist eine neue Gemeindevertretung in Tätigkeit, die nach dem System der Proportionalwahl gewählt ist, in der also der Wille des Volkes unerfälscht zum Ausdruck kommt. Von diesem Termin ab müßte also die Tätigkeit der Arbeiterräte nicht mehr in Betracht kommen, denn die neuen Gemeindevertretungen repräsentieren die

Neueste Nachrichten.

Die Kreditvorlage im Staatenaußschuß.

Weimar, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Der Staaten-Ausschluß hielt heute seine dritte Sitzung nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ab. Die Sitzung begann mit einer Kundgebung zugunsten der Reichseinheit. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Reichs- und Bundesstaaten jetzt und für die Zukunft unbedingt aufeinander angewiesen seien und daher auch die Verhandlungen des Staatenhauses vom Geist der Eintracht getragen sein müßten. Nach einer längeren Rede des Staatssekretärs Schiller wurde dann als erste Vorlage die 2-Milliarden-Kredit-Forderung einstimmig angenommen.

Die Einführung des Arbeitszwanges vorberichtet.

Weimar, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Wie verlautet, soll der Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, der sich mit der Regelung der Arbeitsfrage befaßt und unter anderem die Einführung des Arbeitszwanges vorschlägt.

Frankreichs Gegenforderungen für Deutsch-Österreichs Anstufung.

Wien, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Die die „Neue Freie Presse“ erzählt, verlangen die Franzosen als Kompensation für den Anstufung Deutsch-Österreichs an Deutschland nicht nur das Saargebiet, sondern auch Polen und Danzig für die Polen. Weiter soll Deutschland die Rhein-Schiffe ausliefern, sowie alle im Han befindlichen Schiffe.

Die Lage im Osten.

Berlin, 12. Febr. Über die militärische Lage im Osten wird u. a. mitgeteilt: Bei Jeleno Bialo Romano erfolgte Gefechte einer litauischen Abteilung mit Bolschewisten. Ein feindlicher Angriff auf Kozyn wurde abgewiesen.

Abreise Hindenburgs nach dem Osten.

Kassel, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Nach mehrmonatlichem Aufenthalt in Wilhelmshöhe ist Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach Koblenz abgereist, wo für die nächste Zeit das Große Hauptquartier seinen Platz haben wird.

Ankunft Lettow-Vorbeck.

Berlin, 12. Febr. (Priv.-Telegr.) Die „Köln. Zig.“ berichtet: Der englische Botschafter in Spa setzte die deutsche Reichswehrkommissionen davon in Kenntnis, daß der Dampfer „Feldmarschall“ mit 27 Offizieren, 88 Soldaten sowie 19 Zivilisten, 106 Frauen und 90 Kindern an Bord aus Deutsch-Ostafrika wahrscheinlich am 4. März in Rotterdam antommen wird. Unter den Reisenden befinden sich die Generale von Borde und Wangt sowie der Generalmajor Schnee. Die Namen der übrigen Mitreisenden sind nicht bekanntgegeben.

ja Blut genug geflossen. Das geht allerdings auf das Konto Spartakus.

Ihre politische Berechtigung haben die Arbeiterräte mit der Ableber der Ordnung verloren, und es muß Sache der Nationalversammlung sein, ihnen gegenüber ihre Autorität geltend zu machen. Als oberste städtische Behörde, als Aufsichtsbehörde für Magistrat und Gemeindeverwaltung dürfen nach Durchführung der neuen Gemeindevahlen die Räte nicht mehr gelten. Auch dies muß einmündig von der Nationalversammlung betretet werden. Es wird ihre Sache sein, ob sie sich, nachdem ihr Wirkungsbereich nicht mehr der ursprüngliche sein kann, auflösen wollen. Wollen sie dies nicht, so können sie künftig nur noch als Vertretung von Arbeiterkorporationen gelten. Als eine Art Gewerkschaftsrat, das geschaffen ist, den Forderungen und Wünschen jeder Arbeiterkategorie gerecht zu werden. In dieser Eigenschaft können sie noch viel Segensreiches leisten. Sie können in den wirtschaftlichen Fragen eine große Rolle spielen, sie können Lohnforderungen besprechen und regeln, sie können Hand in Hand mit der Gemeindeverwaltung die großen schwebenden Fragen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung zu regeln versuchen. Ihr Wirkungsbereich ist noch groß genug, auch wenn sie sich darauf beschränken, als Vertrauensleute der Arbeiterkategorie, als deren Ratgeber weiter zu wirken.

Werden sie sich mit dieser Stellung begnügen, und wenn nicht, wie wird sich künftig die Situation gestalten? In Zukunft wird wohl der größte Teil der Großstädte sozialdemokratische Mehrheiten in den Gemeindevertretungen erhalten. Haben nun diese sozialdemokratischen Mehrheiten die Absicht, sich durch den Arbeiterrat, als eine Oberkontrollbehörde, kontrollieren zu lassen? Vielleicht ist das bei vielen, um der selben Freiheit halber, der Fall. Unseres Erachtens darf dieser Zustand aber nicht eintreten. Er darf von der Nationalversammlung nicht sanktioniert werden. Und die Gemeindebehörden darf es nicht erlauben sein, für die Erhaltung dieser Arbeiterräte selber zu bewilligen. Wollen diese Arbeiterräte in der Form als Vertrauenskorporationen der Arbeiter weiter bestehen, so kann ihnen wohl im Interesse des gemeinnützigen Zwedes eine Beihilfe gewährt werden, eine zweite Macht in der Gemeinde dürfen sie aber nicht darstellen. Die Arbeiterräte haben sich gewiß den Dank des Vaterlandes verdient, da sie die Träger der Revolution und für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ... den ersten städtischen Behörden sorgten. Dieser Dank soll ihnen nicht vorenthalten werden. Sie waren eine Notbehörde und haben also solche ihre Pflicht und Schuligkeit getan. Greift die gewöhnliche Behörde das Ruder, so muß das Ende der Notbehörde gekommen sein. Sollten die Arbeiterräte auf einem anderen Standpunkt stehen, dann sind Konflikte unauflösbar. Über Sache der Nationalversammlung muß es unter allen Umständen sein, ihre Autorität zu wahren und der Gemeindebehörde die Stellung in der Gemeinde zu sichern, die ihr von Gesetzes- und Rechtswegen zuzumutet. Das bedeutet aber das Ende der Arbeiterräte.

Die Lage im Reich.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

In der Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag wurde die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen. Das Ergebnis ist folgendes: Abgegeben sind 373 Stimmen, davon waren ungültig (weiß) 51. Es blieben also gültige 322 Stimmen an 328. Die absolute Mehrheit davon ist 165. Es haben gültige Stimmen erhalten (bei 277. Graf Fabianovich 49, Scheidemann 1, Erzberger 1 (weiterer). Der Abgeordnete und kaiserliche Volksbeauftragte Fritz Ebert ist somit zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt. (Braun). Zurufe bei den unabh. Sozialdemokraten: Friedrich der Einzige! Er nahm die Wahl an, worauf Präsident Dr. David folgende Ansprache an die Versammlung richtete:

Zum ersten Male hat sich das deutsche Volk ein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. Der neue Reichspräsident ist gewählt von dem großen Mehrheit des deutschen Volkes. (Beifall). Die einzige Quelle seines Rechtes ist der Wille des Volkes (Beifall). Auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. Somit hat das Reich zum ersten Male ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Herkunft berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall). Verschwunden ist der Vorwand aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. Daß der neue Reichspräsident das Sauer des Staatschiffes zu führen vertritt, hat er in den Worten des höchsten inneren und äußerlichen Ehrentages bewiesen. Es war natürlich kein letztes Erbte, daß Herr Ebert am 9. November beim Antritt des Reichspräsidenten antrat. (Sehr wahr!) Selten wohl in der Weltgeschichte ist einer Staatsleitung eine schwerere Aufgabe zugefallen. (Zustimmung.) Man verzeihen mir, daß ich jenen Zusammenbruch des alten Systems, nichtigkeits draußen und im Innern die völlige Niederlage nach vierjährigen Kriege, und in all der Gefahren und Schrecken in all der Zerrüttungen und Mangeln, die das zur Folge haben mußte, und dazu die innere Gefahr, das die in den Novembertagen fast ohne Kampf vollzogene Staatsumwälzung in einen wunden Bürgerkrieg ausarten würde: (Unruhe bei den Unabh.).

In dieser gefährlichmangenen Stunde, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes,

franz Ebert an die erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat (große Unruhe bei den Unabh.), das ist nicht zur Zerrüttung alles politischen und bürgerlichen Lebens geführt hat, das ist zum größten Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen. (Beifall). Es darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der berühmten politischen Fähigkeit, Tatkraft und Willensfestigkeit des an die erste Stelle

colorchecker CLASSIC

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----

auslösen? Sie haben sich bei der Lösung. Die in und Umgebung. Ihre politische Berechtigung haben die Arbeiterräte mit der Ableber der Ordnung verloren, und es muß Sache der Nationalversammlung sein, ihnen gegenüber ihre Autorität geltend zu machen. Als oberste städtische Behörde, als Aufsichtsbehörde für Magistrat und Gemeindeverwaltung dürfen nach Durchführung der neuen Gemeindevahlen die Räte nicht mehr gelten. Auch dies muß einmündig von der Nationalversammlung betretet werden. Es wird ihre Sache sein, ob sie sich, nachdem ihr Wirkungsbereich nicht mehr der ursprüngliche sein kann, auflösen wollen. Wollen sie dies nicht, so können sie künftig nur noch als Vertretung von Arbeiterkorporationen gelten. Als eine Art Gewerkschaftsrat, das geschaffen ist, den Forderungen und Wünschen jeder Arbeiterkategorie gerecht zu werden. In dieser Eigenschaft können sie noch viel Segensreiches leisten. Sie können in den wirtschaftlichen Fragen eine große Rolle spielen, sie können Lohnforderungen besprechen und regeln, sie können Hand in Hand mit der Gemeindeverwaltung die großen schwebenden Fragen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung zu regeln versuchen. Ihr Wirkungsbereich ist noch groß genug, auch wenn sie sich darauf beschränken, als Vertrauensleute der Arbeiterkategorie, als deren Ratgeber weiter zu wirken.